

Die Welt kompakt | 17.10.13

Schärfere Regeln für Parteispenden gefordert

Bundespräsident Gauck: Parteienfinanzierung in erster Linie Aufgabe des Gesetzgebers

Die hohe Parteispende der Unternehmerfamilie Quandt an die CDU hat Rufe nach schärferen Regeln laut werden lassen. Die Antikorruptionsorganisation Transparency International forderte am Mittwoch eine Begrenzung der Spendensumme auf 50.000 Euro pro Spender und Jahr. Die Vorsitzende, Edda Müller, forderte Bundespräsident Joachim Gauck auf, eine Kommission zur Reform der Parteienfinanzierung einzuberufen. Parteispenden nährten den Eindruck, "dass die Lobbyinteressen immer stärker auf die Politik einwirken", sagte Müller.

Gauck ließ über seine Sprecherin mitteilen, dass er in der Debatte um eine Reform der Spendenregeln zunächst die Bundestagsparteien am Zuge sehe. Die Regelung der Parteienfinanzierung sei "in erster Linie eine Aufgabe des Gesetzgebers". Zwar könne der Bundespräsident laut Parteiengesetz eine unabhängige Expertenkommission zu Fragen der Parteienfinanzierung einberufen. Die sei bislang aber immer nur dann geschehen, wenn eine solche Reform "von einer breiten politischen Mehrheit für erforderlich gehalten wurde".

Drei Mitglieder der Unternehmerfamilie Quandt, die große Anteile am Autobauer BMW (Link: <http://www.welt.de/themen/bmw/>) hält, hatten der CDU insgesamt 690.000 Euro gespendet. Vertreter der Opposition äußerten den Verdacht, dass die Spende im Zusammenhang mit der ablehnenden Haltung der Bundesregierung gegenüber strengeren EU-Abgas-Grenzwerten für Autos stehe. Die Bundesregierung wies die Vorwürfe zurück.

Die Organisation LobbyControl forderte die CDU auf, die Spende zurückzuzahlen. Auch abgeordnetenwatch.de sprach sich mit einer Online-Petition für die Rückzahlung der Spende durch die CDU aus. Die Petition fand bis Mittwoch mehr als 6000 Unterstützer.